

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

.11.2021

Niederschrift

über die 33. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 11.11.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter*innen:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, Leitung der Sitzung

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 33. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang am 03.11.2021).

Es sind 12 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 32. Sitzung des Hauptausschusses am 30.09.2021

Die Niederschrift wird 11 Dafürstimmen und einer Enthaltung bestätigt.

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, informiert, dass der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport eine gemeinsame Sondersitzung am 01.12.2021 um 17:00 Uhr in der Regionalschule Ost durchführen. Auf der Tagesordnung steht die Machbarkeitsstudie für das Schwimmbad in Neubrandenburg. Er stellt auch im Namen der Ausschussvorsitzenden das Benehmen mit dem Hauptausschuss her.

Er informiert weiter über den Antrag der Stadt auf Fördermittel zur Errichtung eines Fahrradspielplatzes am Stargarder Tor und über die Bewilligung weiterer Mittel des Landesamtes für Kultur- und Denkmalpflege und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz für die Erhaltung des Denkmals „Fischerhaus auf der Fischerinsel“ sowie die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns. Sobald die Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde vorliegt, kann mit den weiteren Sicherungsarbeiten begonnen werden.

Zuletzt erfolgt die Information über die Vergaben für die mobilen Lüftungsgeräte, die bis zum 31.12.2021 erledigt sein sollen. Vier Vergaben sind vorgesehen:

1. 130 CO₂-Messgeräte mit einem Auftragsvolumen von 32.500 Euro - Förderung 19.500 Euro, Eigenanteil 13.000 Euro
2. 240 Deckengeräte für 60 Klassenräume mit einem Auftragsvolumen von 255.000 Euro – 177.000 Euro Förderung, 78.000 Euro Eigenanteil
3. 14 mobile Standgeräte für 14 Räume mit einem Auftragsvolumen von 60.000 Euro – Förderung 25.000 Euro, Eigenanteil 35.000 Euro

Hieraus ergibt sich eine Eigenanteilssumme von 126.000 Euro – 96.000 Euro aus dem Nachtragshaushalt und zusätzliche Mittel, die im Haushalt 2021 noch zur Verfügung stehen.

4. Anschaffung von Mietgeräten für 91 Räume, deren Mietkosten 11.500 Euro/Monat betragen

Damit wäre in sämtlichen Klassenräumen der Schulen, die Bedarf angemeldet haben, die Bereitstellung von Lüftungsgeräten gewährleistet.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bezieht sich zunächst auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters. Bei der Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses zum digitalen Innovationszentrum war sie überrascht, wie wenig Gäste dort waren. Offensichtlich erreicht eine Einladung über den Stadtentwicklungsausschuss nur wenige Ratsfrauen und Ratsherren trotz der Prominenz des Themas für Neubrandenburg. Daher hält sie die Behandlung der Machbarkeitsstudie für die Schwimmhalle, die alle Ratsfrauen und Ratsherren interessiert, in einer gemeinsamen Sondersitzung von zwei Ausschüssen für ungünstig. Sie fragt, warum nicht eine Informationsveranstaltung für alle Ratsfrauen und Ratsherren organisiert wurde.

Weiterhin führt sie die Berichterstattung zur Bereitstellung finanzieller Mittel für das Fischerhaus sowie den diesbezüglichen Eintrag der Stadt Neubrandenburg ins Schwarzbuch der Steuerzahler an. Sie plädiert dafür, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten für die Aufhebung des Denkmalschutzes an dieser Stelle prüft und entsprechend tätig wird.

Herr **Witt** verweist auf den Wunsch der beiden Ausschussvorsitzenden, die jeweiligen Ausschusssitzungen als eine gemeinsame Sitzung durchzuführen. Zusätzlich kann der Termin in einer Pressemitteilung bekannt gemacht werden, um die breite Bevölkerung aber auch die Mitglieder der Stadtvertretung zu informieren.

Bezüglich des Fischerhauses erinnert Herr **Witt** daran, dass das Gesetz vorsieht, dass ein Denkmal zu erhalten ist. Somit sei kein Ermessensspielraum gegeben. Dazu gehöre eben auch die Sicherung des Objektes. Nach Neubesetzung der Landesministerien wird die Stadt gern im Land die aktuelle Situation darstellen und den Umgang mit den Auflagen des Denkmalschutzes für das Fischerhaus beraten.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) bezieht sich auf Medienberichte zu den Linden an der Hochschule im Zusammenhang mit dem Bibliothekserweiterungsbau der Hochschule. Sie fragt, inwieweit die Stadt mit ihren Fachbehörden in diesen Prozess eingebunden ist. Sie möchte wissen, wie der Konflikt entstanden ist und wie er gelöst werden kann.

Herr **Witt** antwortet, dass momentan vonseiten der Stadt nicht auf das Verfahren eingewirkt werden kann, da bis jetzt kein Bauantrag vorliegt.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bezieht sich auf Medienberichte hinsichtlich des Zeitpunkts der Fertigstellung der Stadthalle und der angeblich rasant steigenden Kosten. Er hofft auf eine

Aussage dazu im Betriebsausschuss und weist darauf hin, dass die Halle dringend benötigt wird und die steigenden Kosten nicht mit der Corona-Situation und steigenden Materialpreisen gerechtfertigt werden können.

Ratsherr Schwanke berichtet, dass er hinsichtlich der Probleme mit der Lärmbelästigung durch Jugendliche am See, insbesondere am Badehaus, angesprochen wurde. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner der Schillerstraße klagten. Er erwartet einen Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, wie oft die Polizei dort im Einsatz war und fragt, was die Stadt organisieren kann, damit die Ordnung dort wiederhergestellt wird. Ratsherr Schwanke macht sich auch Sorgen um die Sicherheit der Hotelmitarbeiterinnen und –mitarbeiter.

Angesichts der derzeitigen Corona-Lage möchte er wissen, wo eine Impfung möglich sei.

Herr **Witt** antwortet, dass es einen Zeitverzug von ungefähr drei Monaten geben wird, somit ist für die Fertigstellung des Gebäudes der Stadthalle das erste Halbjahr des Jahres 2022 geplant. Der Übergabetermin für die komplette Stadthalle ist geplant für das dritte Quartal des Jahres 2023, einschließlich Sozialtrakt und Sanitärgebäude. Die veranschlagten Kosten werden, wie es derzeit auch in anderen Kommunen üblich ist, um ca. 10 bis 20 Prozent überschritten werden, was durchaus als vertretbar gelten könne. Zum Thema „Lärmbelästigung“ verweist er auf die Möglichkeit, die Häufigkeit der Einsätze von Polizei und Ordnungskräften im Ausschuss aufzuzeigen und berichtet von seinem Austausch ebenfalls mit der Geschäftsführung des Badehauses zu diesem Thema.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und Leiter des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit, verweist auf die Informationen zu den Corona-Impfungen auf der Homepage des Landkreises MSE, stellt weitere Informationen für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit am 15. November 2021 in Aussicht und berichtet, dass das Impfzentrum Trollenhagen nicht mehr arbeitet und die Hausärzte verstärkt Impfungen anbieten werden.

(Ratsherr Kuhnert (DIE LINKE) betritt den Sitzungsraum. Damit sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.)

Ratsherr **Schnell** (AfD) bezieht sich auf die angekündigte Podiumsdiskussion zur Nutzung des Areals der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt. Er erinnert, dass seine und zwei weitere Fraktionen eigene Anträge mit Überlegungen zur weiteren Nutzung des Areals gestellt und sich auf Bitten des Oberbürgermeisters auf die Einbringung einer Kompromissvorlage – eingebracht durch den Stadtpräsidenten – eingelassen hatten, die der Verwaltung bis zum 30.09.2021 Zeit für Verhandlungen mit dem Land eingeräumt hatte. Ratsherr Schnell fragt, ob die anberaumte Podiumsdiskussion genau dieses Anliegen nicht behindere. Die Fraktion empfindet das Vorgehen des Oberbürgermeisters, als würde er das Thema zu seinem machen und die Ideen des politischen Raumes ignorieren. Er wünscht eine Erklärung dazu.

Herr **Witt** verweist auf die Organisatoren und Einladenden der in Rede stehenden Veranstaltung. Dies sind die Hochschule und die RAA. Beide haben als neutrale Instanz unterschiedliche Interessengruppen und Akteure eingeladen, um nicht die bauliche Perspektive, sondern die historischen Aspekte des Areals zu beleuchten. Es ist keine Veranstaltung der Stadt Neubrandenburg, sondern eine gemeinsame Veranstaltung von Hochschule und RAA mit dem Ziel, das historische Thema durch unterschiedliche Interessengruppen zu betrachten. Seine von Ratsherrn Schnell angesprochene Bitte zu dem Vorgang war, nicht eine Vorlage einzubringen, in der schon genaue Vorstellungen skizziert werden, was die Stadt mit dem Areal vorhat - dies hätte die Positionen bei den Verhandlungen geschwächt. Ein Verhandlungsergebnis kann derzeit wegen des Regierungswechsels im Land nicht präsentiert werden.

Ratsherr **Schnell** benennt als weiteres Beispiel seiner Kritik an der Kommunikation durch den Oberbürgermeister die Verabredungen in der Runde der Fraktionsvorsitzenden zur Perspektive der Grundschulen. Er wirft Herrn Witt vor, diese Verabredungen unterlaufen zu haben, indem er im Nachhinein erklärt hatte, das Thema in den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport geben zu wollen. Herr Schnell fragt, warum die Kommunikation nicht in der Runde der Fraktionsvorsitzenden fortgeführt wurde.

Herr **Witt** erläutert, dass dieses Treffen ein Auftakttreffen war, in dem die Grundproblematik der notwendigen Sanierung dreier Grundschulen und die dafür möglichen Varianten in den politischen Raum getragen werden sollten. Er hatte verstanden, dass die Fraktionen keine Entscheidung treffen wollten, ohne genügend Vorinformationen zu haben, und daraufhin hat er das Thema in den dafür zuständigen Ausschuss gegeben. Er erinnert daran, dass es bis vor einem halben Jahr jeweils vor der zweiten Sitzung des Hauptausschusses eine Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden gab, die nicht von ihm abgesagt wurde.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) fragt nach, in welchem Rahmen das Thema der Weiterentwicklung der VZN GmbH als Marketinggesellschaft kommuniziert worden ist. Er bittet um einen zeitlichen Abriss der Gespräche und fragt, inwieweit z. B. die Neuwoges und die Touristinformation eingebunden sind.

Herr **Witt** erläutert die Chronologie der Schritte bis zur Vorstellung des Stadtmarketingkonzeptes. Er schickt voraus, dass die beauftragten Agenturen hinsichtlich der Umsetzung ihres Auftrages, ein Stadtmarketingkonzept zu entwickeln, das dann auch bestätigt wird, ein hohes Eigeninteresse haben, alle beteiligten Akteure auch zu involvieren. Die Chronologie der Schritte ist den Unterlagen beigelegt:

- Auftakttreffen 06.08.2020 mit Vertretern der Agenturen, der Verwaltung und der VZN GmbH
- Bestandsaufnahme durch CiMA und Raumplaner
- erste Fachkonferenz am 18.09.2020
- erste Runde der Akteur*innengespräche mit Werbegemeinschaft, Tourismusverband sowie VZN im September/Oktober 2020
- zweite Fachkonferenz am 05.11.2020 (online)
- danach Erfassen der Ergebnisse von beiden Agenturen und Vorlage in einer Abstimmungsrunde am 15.12.2020
- Variantenerarbeitung in den Monaten Januar bis April; dritte Abstimmungsrunde am 16.02.2021
- Vorlage des Konzeptes im Rahmen eines exklusiven Gespräches mit der Geschäftsführung der Neuwoges und der VZN GmbH
- finaler Bericht am 09.06.2021
- Vorstellung in der Stadtvertretung im Juli 2021

Ratsfrau **Dr. Kuhk** fragt zum Thema Podiumsdiskussion bezüglich der Teilnahme des Oberbürgermeisters und des Fachbereichsleiters, was der Oberbürgermeister für seine Stadt, also für die Stadtvertretung insbesondere – denn diese müsste ja die relevanten Beschlüsse fassen – denn dort ausführen wolle. Eine Diskussion mit der Stadtvertretung hat nicht stattgefunden, weil diese bis zum Ende der Verhandlungen mit dem Land die Füße still hält. Sie erläutert die Intentionen der zurückgezogenen Vorlage der CDU zum Thema der Erstellung eines Konzeptes zur Entwicklung des Areals der ehemaligen JVA. Sie zweifelt den Sinn einer Beschlussvorlage nach der Podiumsdiskussion an.

Bezüglich der Diskussion um die Sanierung der Grundschulen vertritt sie die Auffassung, dass die Einspeisung eines Themas in ein bestimmtes Gremium (Fraktionsvorsitzende) die Behandlung in diesem Gremium solange erforderlich macht, bis alle sich einig sind, es in einem anderen Gremium (dem zuständigen Ausschuss) weiter zu behandeln.

Herr **Witt** erläutert anhand der Vielzahl der Veranstaltungen, zu denen er eingeladen wird und an denen er teilnimmt, u.a. auch ca. 30 Podiumsdiskussionen jährlich, dass er in diesen Veranstaltungen durchaus seine persönliche Sichtweise auf die Sachthemen äußert und äußern darf, auch zu Themen, die die Stadt Neubrandenburg betreffen. Er wiederholt, dass das Ziel der Podiumsdiskussion nicht die Nachnutzung des Areals der ehemaligen Haftanstalt ist, sondern der Umgang mit den unterschiedlichen Aspekten der Geschichte dieser Einrichtung.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht die Podiumsdiskussion als Teil einer Serie von Veranstaltungen und Diskussionen an unterschiedlichen Stellen, die die verschiedenen Aspekte beleuchtet, wie mit dem Thema „Wie wollen wir an DDR und Stasi in Neubrandenburg erinnern?“ umgegangen werden soll. Idealerweise wird ein Konsens innerhalb der Stadt für einen entsprechenden Beschluss der Stadtvertretung gefunden.

Ratsfrau **Muth** bezeugt ihr Verständnis für die von einigen Mitgliedern des Hauptausschusses geäußerte Enttäuschung und erwidert Ratsherrn Kirchhefer, dass einige Fraktionen sich Gedanken zum Umgang mit besagter Fläche gemacht hatten, bevor sie der Bitte des Oberbürgermeisters folgten, eigene Vorlagen zurückzuziehen, um die Verkaufsverhandlungen mit dem Land nicht zu erschweren. Einer solchen Bitte zu folgen, wird man sich in Zukunft gut überlegen. Die Enttäuschung entsteht aus dem Eindruck, dass der Oberbürgermeister keine Kenntnis der Position der Fraktionen hat, da vor einem halben Jahr die Chance des Austausches nicht genutzt wurde.

Sie stellt als Vorsitzende des Finanzausschusses das Benehmen mit dem Hauptausschuss für eine Sondersitzung des Finanzausschusses am 1. Dezember 2021 her, damit dieser gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport das Gutachten zur Schwimmhalle beraten kann.

Herr **Witt** bittet zum Thema der Diskussion um die Nachnutzung des Geländes der ehemaligen MfS-Haftanstalt und späteren Justizvollzugsanstalt auf dem Lindenberg nicht zu vermischen, dass eben die Vorschläge zur Nachnutzung in den Fraktionsvorlagen ihn veranlasst haben, darum zu bitten, nicht mit fertigen Beschlüssen zur Nachnutzung in die Verhandlungen gehen zu müssen. Die Podiumsdiskussion allerdings soll einen völlig anderen Sachverhalt, eben lediglich das Thema der geschichtlichen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Nutzungen des Geländes, beleuchten.

Ratsherr **Fink** (AfD) bittet um Informationen zum aktuellen Stand des Obdachlosenwohnheims.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und Leiter des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit berichtet, dass sich am Mietpreis nichts ändert, der Bauherr an den Unterlagen für den Bauantrag arbeitet und bisher keine Anzeichen für eine Verzögerung der möglichen Einmietung in das Obdachlosenwohnheim bestehen.

Ratsherr **Schwanke** erinnert an den katastrophalen Zustand des jetzigen Obdachlosenwohnheims und drängt darauf, den Druck auf den Bauherrn zu erhöhen.

TOP 5 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, lässt über die Durchführung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses als Präsenzsitzung mit der Möglichkeit einer Online-Teilnahme abstimmen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses votieren mit 13 Dafürstimmen für die Durchführung der Sitzung des Hauptausschusses am 24.11.2021 als Präsenzsitzung.

TOP 6 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, bittet um Nachtrag von je einem Änderungsblatt zur BV/VII/0306 (TOP 15) und zur BV/VII/0315 (TOP 20).

Er schlägt vor, die Vorlagen zur Annahme von Geldzuwendungen (TOP 9 bis TOP 11) sowie die Vorlagen zu den öffentlich-rechtlichen Verträgen mit den Gemeinden Trollenhagen und Neddemin (TOP 16 und TOP 17) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 7 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

**TOP 8 Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Standort „Jahnstraße 27“
Vorlage: BV/VII/0297**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **9 bis 11** werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 9 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Herren Dirk Rösler und Fred Rösler durch den Hauptausschuss für das IV. Quartal 2021 - Geldzuwendung für die Aufstellung einer Kunststoffbank an der Badestelle Buchort
Vorlage: BV/VII/0299**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 10 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Familie Matthias durch den Hauptausschuss für das IV. Quartal 2021 – Geldzuwendung für die Pflanzung und Pflege eines Laubbaumes auf der Wallanlage
Vorlage: BV/VII/0300**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 11** **Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung des Herrn Owe Gluth - Geldzuwendung für die Beschaffung, Pflanzung und Pflege von Bäumen im Stadtgebiet Neubrandenburg**
Vorlage: BV/VII/0311

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 12** **26. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg,**
Teilfläche „Ehemalige Kaserne Fünfeichen“
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0301

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 13** **Bebauungsplan Nr. 131**
“Gartenstadt Neubrandenburg –
An den Fünfeichener Teichen“
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0302

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat eine Anmerkung für die weitere Diskussion im Ausschuss. In der Beschlussvorlage werden die Auswirkungen auf den Klimaschutz als positiv beschrieben. Die Maßnahmen sind nachvollziehbar, erscheinen aber nicht sehr ambitioniert. Seiner Meinung nach kann man heutzutage bei der Erschließung neuer Wohngebiete durchaus als Auftrag formulieren, dass diese weitestgehend klimaneutral zu errichten bzw. zu betreiben sind. Das betrifft die Wärmezeugung, die Photovoltaik-Nutzung und anderes. Dieser Auftrag sollte konkret formuliert werden.

Herr **Renner**, Leiter des Fachbereiches Stadtplanung, Wirtschaft, Bauordnung und Kultur, räumt ein, dass dem Bestreben und Willen der Stadtvertretung entsprochen werden kann, ein klimaneutrales Wohngebiet zu entwickeln und als Planungsziel zu formulieren. Die Umsetzbarkeit der Zielstellung mit dem Vorhabenträger bleibt jedoch im Rahmen des Planverfahrens zu prüfen und abzuwarten, da man mit einer klimapolitischen Zielstellung Neuland betreten würde.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 14** **Bebauungsplan Nr. 16.1 “An der Landwehr“ (Gewerbepark)**
1. vereinfachte Änderung, 3. Entwurf
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0304

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Ratsherr Bromberger verlässt die Sitzung.

- TOP 15 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 „Gerstenstraße“ für eine Teilfläche**
hier: Prüfung und Beschluss Ablehnung des Antrages
Vorlage: BV/VII/0306/ 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **16** und **17** werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 16 Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach § 165 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern über die Übertragung von Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung zwischen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und der Gemeinde Trollenhagen**
Vorlage: BV/VII/0307

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 17 Öffentlich-rechtlicher Vertrag nach § 165 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern über die Übertragung von Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung zwischen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg und der Gemeinde Neddemin**
Vorlage: BV/VII/0308

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 12 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 18 Beschluss der Satzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg über die Herstellung und Bereithaltung von Abstellplätzen für Fahrräder (Fahrradabstellanlagensatzung – FAAS) mit Anlage zur FAAS zur Anzahl der erforderlichen Fahrradabstellplätze**
Vorlage: BV/VII/0309

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) beantragt im Namen ihrer Fraktion, die Satzung in zwei Lesungen zu behandeln, da die Verpflichtungen für die Wohnungsgenossenschaft und die städtische Wohnungsgesellschaft, die sich infolge des Satzungsbeschlusses ergeben, genauer geprüft werden sollen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, bestätigt, dass so verfahren wird.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt den vorliegenden Satzungsentwurf. Im Ausschuss erwartet er Aussagen über die Quellen für die Richtwerte, wie die Zahlen zustande kommen und darüber, welche Sanktionen ein Bauherr zu erwarten hat, der sich nicht an die Vorgaben hält.

Herr **Witt** stellt die Beantwortung der Fragen durch Frau Brentführer im Ausschuss in Aussicht.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 10 Dafürstimmen und zwei Gegenstimmen in die geänderte Beratungsfolge verwiesen.

Ratsfrau Dr. Kuhk verlässt die Sitzung.

TOP 19 Abwassergebührenkalkulation 2022
Vorlage: BV/VII/0314

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) vermisst eine Gegenüberstellung der Zahlen mit denen vorhergehender Kalkulationen. Er kann die Änderungen so nicht auf einen Blick erkennen. Er erwartet diese Gegenüberstellung bei der Beratung der Vorlage in den Ausschüssen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, sagt diese Gegenüberstellung für die Beratung in den Ausschüssen zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 9 Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 20 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Neubrandenburg über die leitungsgebundene Abwasserbeseitigung, die dezentrale Abwasserbeseitigung und die Gebührenerhebung für die Inanspruchnahme der leitungsgebundenen Abwasserbeseitigung und die Erhebung von Entsorgungsgebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung (Abwasser- und Gebührensatzung)
Vorlage: BV/VII/0315/ 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 9 Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 21 Über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Zuschuss an den Eigenbetrieb Immobilienmanagement
Vorlage: BV/VII/0316

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 22 Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Zuschuss an die Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH
Vorlage: BV/VII/0317

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 23 Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Zuschuss an die Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH
Vorlage: BV/VII/0318

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.
 Silvio Witt
 Oberbürgermeister
 Ausschussvorsitzende

gez.
 Heike Witt
 Protokollantin